Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 61 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe — Montag, 3. Februar

Anzeigenpreis: Hiesige Inseraten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur der verbreitetsten Auflage. Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Auftakt der Nationalversammlung

(Eigener Drahtbericht.)

Weimar, 2. Februar.

Die aus Berlin zum Schutze der Nationalversammlung eintreffenden Truppen will das in Weimar liegende Militär nicht einziehen lassen und hat ihnen die Waffen abgenommen. Nach eingeleiteten längeren Verhandlungen bekam das Berliner Militär die Waffen zwar wieder, doch wurde ihm nahegestellt, das Weichbild der Stadt Weimar zu verlassen. Die Truppen haben dem Ersuchen Folge geleistet. Es ist aus Berlin eintreffenden Truppen verfassen deshalb den Befehl schon in Apolda und marschieren auf der Landstraße nach Quartieren, die sie in der Umgegend von Weimar beziehen sollen. Das Militär in Weimar soll auf dem Standpunkt stehen, daß es den Schutz der Nationalversammlung allein übernehmen könne. In diesem Zusammenhange erscheint auch die Tatsache sehr wichtig, daß in Gotha die militärischen Wachen seit heute durch Zivilpersonen ersetzt worden sind.

In Eisenach hat eine Versammlung von Arbeitern und Soldaten stattgefunden, die sich gegen die Regierung Ebert-Scheidemann aussprach und erklärte, die Regierung dürfe die Truppen auch in Weimar nicht unterstützen. Hierauf wurde das Telegraphenamt besetzt. In Eisenach ist die Ruhe und Ordnung ist es nicht gekommen. In der Versammlung wurde gebroht, die Nationalversammlung in Weimar zu stören.

Ein Teil der in Erfurt sehr stark vertretenen Gegner der Regierung Ebert-Scheidemann hat sich mit Karabinern und Revolvern bewaffnet und mit Munition versehen. Waffen und Munition sind aus den Beständen der Erfurter Gewehrfabrik entnommen. Die von einer Amtsperson gegebene Information, die Bewaffnung sei aus Gründen einer geplanten Kohlenzufuhr geschehen, entspricht nicht den Tatsachen. Diese ungewöhnliche Handlungsweise hängt, wie in einigen anderen Städten auch hier mit der Spannung zwischen der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Berliner Regierung zusammen, deren sämtliche Regierungsmitglieder Erlaß bekanntlich von den Unabhängigen aufs schärfste bekämpft wird.

Weimar und die Nationalversammlung

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Nach den Veröffentlichungen des „Vorwärts" gehen die Spartakisten mit dem Plane um, die Nationalversammlung in Weimar zu sprengen. Mit Zwischenfällen im großen Stil wird sie immerhin zu rechnen sein. Auf den äußeren Verlauf der Tagung wird die Haltung des sozialistischen Abgeordneten Baudert und der Fabrikstadt Apolda nicht ohne Einfluß sein. Der Gastwirt August Baudert ist nämlich jetzt der tatsächliche Beherrscher des Weimarischen Landes. Auf den einzelnen sozialistischen Parteitagen hat er stark mit den Unabhängigen geliebäugelt und man weiß noch nicht genau, wohin er sich entwickeln wird. Die Weimaraner Behörden machen natürlich gute Miene zum bösen Spiele gegen Baudert, da er nun doch einmal die Gewalt in Händen hat, nachdem der Großherzog durch ihn persönlich abgesetzt ist. Der gleiche vierschrötige Gastwirt, der nur eine geringe Bildung besitzt, bedeutet den Kultusminister in seiner Weise und kommt sich vor wie Wolf Hoffmann in Berlin. Baudert hat die hohe Meinung von sich, daß er Weimar nach seiner Art zu einer neuen klassischen Blüte bringen wird, und es fehlt auch nicht an Strebern, die unmittelbar auf seinen Schultern emporsteigen. „Was wird aus Weimar uns kommen?" fragte ich dieser Tage einen im Vorderhaus der gebildeten Welt siedenden Weimaraner Herrn, und die lakonische Antwort lautete verdrießlich: „Kaffeewirtschaft!"

42 ausländische Presse-Vertreter

Wie unser Weimarischer Korrespondent uns drahtet, werden zu den Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar 42 ausländische Pressevertreter erwartet.

Deutschlands Krieg gegen — Bremen

Frieden und Freiheit sollte die Revolution nach den Versprechungen der Sozialistenführer dem deutschen Volke bringen. Statt des Friedens haben wir jetzt allein an Stelle zwei Kriege, den gegen die Polen auf deutschem Boden und den gegen die unsere Grenze bedrohenden Bolschewisten. Und beide Kriege hat gerade die Revolution verschuldet, indem sie Deutschland wehrlos machte und durch ihre Agitation unser starkes Heer zermürbte und auflöste. Und jetzt haben wir gar noch einen dritten Krieg, einen Bruderkrieg bekommen, der „deutschen Republik" gegen die „Republik Bremen"; und ein vierter, der gegen die „Braunschweiger Narrenrepublik" ist vom Oberbefehlshaber Noske schon angedroht, falls sich Braunschweig den Anordnungen der Berliner Regierungsstellen ferner widersetzt. Und man muß dem Genossen Noske recht geben; wenn die Sozialistenführer in Berlin die Regierung darstellen wollen, so können sie sich das Auftreten der Diktatoren in den Einzelrepubliken keinen Tag länger gefallen lassen. Der frühere Kunststopfer, jetzige Gewaltshaber von Braunschweig, Merges, verbietet und verhindert die Anwerbung und Versendung von Freiwilligen für den Polenkrieg, ein Treiben, das man nur noch als Verrat am Reiche bezeichnen kann, und die spartakistischen Elemente in Bremen haben Zustände geschaffen, die Noske als durchaus unhaltbar bezeichnet. Das zum 1. Februar angesetzte Auslaufen von „Lebensmittelschiffen" ist durch diese Unsicherheit der dortigen Verhältnisse in Frage gestellt, und so sei das „Einlaufen beladener Lebensmittelschiffe nach Bremen nicht unbedingt verbürgt". Die Zufuhr von Lebensmitteln müsse aber auf jeden Fall sichergestellt sein. Und so hat denn Noske marschieren lassen. Eine Division Reichsexekution rückte auf Bremen los. Darüber, wie sich das dortige „bewaffnete Proletariat" zum Widerstande gegen die Regierungstruppen rüstet, hat man an amtlichen Stellen „kein klares Bild". Genosse Noske versichert aber sehr lebhaft, daß seine Truppen nicht zuerst schießen werden. Das ist wohl glaubhaft. Bei den Zuständen von Zerrüttung und Ruchlosigkeit, die die Revolution bei den Truppen verbreitet hat, ist es sogar recht zweifelhaft, ob die augenblicklichen Regierungstruppen überhaupt schießen oder es nicht vielmehr vorziehen werden, zu den auffässigen Bremern überzugehen. Es wäre ja nichts neues, und die vorsichtigen Erklärungen, mit denen Oberbefehlshaber Noske seinen Feldzug gegen die Bremer Stadtmusikanten begleitet, lassen vermuten, daß er von unheimlichen Ahnungen geplagt wird. Das alte Sprichwort bleibt ja immer wahr: Untreue schlägt den eigenen Herrn. Die Sozialdemokratenführer haben mit ihrer revolutionären Agitation „dem Militarismus das Rückgrat gebrochen", wie sie prahlend betonen. Sie haben damit aber auch die Disziplin und das Pflichtgefühl der Masse da vernichtet, wo sie selbst es dringend gebrauchten, um die „neue Ordnung" aufzurichten und zu erhalten. Daher geht alles drüber und drunter, in der Arbeiterschaft wie im Heere, soweit man von einem solchen noch sprechen kann. Daher auch die schmachvollen Ereignisse in unseren Ostmarken. Haben sie bisher unsere Regierung noch nicht in Erregung gebracht, so wird es nun vielleicht der vom Oberbefehlshaber Noske erklärte Krieg gegen die Republik Bremen zuwege bringen. Denn verläuft auch er wie alle bisherigen Unternehmungen der Berliner „Volksbeauftragten", so ist diese Reichsregierung vollends dem Gespött preisgegeben.

Vor einer Einigung

Bremen, 2. Februar.

Gemäß einer am 2. Februar 3 Uhr morgens getroffenen Vereinbarung sind die Räte Bremens bereit, mit der Arbeiterschaft zu verhandeln. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korps-Soldatenrat des 9. Armeekorps alle Waffen und Munition abzuliefern. Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburg sowie der Korps-Soldatenrat des 9. Armeekorps verbürgen sich für die Durchführung der Entwaffnung und für die Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen. Die Mehrheitssozialisten Bremens und sämtliche Vermittler erbitten von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag restlos erfüllt ist. Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Hoverlinien nicht einzumarschieren, falls kein Truppenzuzug von außen nach Bremen erfolgt. Der Stadtkommandantur Bremen wird eine Kontrolle beigeordnet, die die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht erhält. Hampt vom Zentralrat und Leutnant von Friesewitz (letzterer als Vertreter der Division Gerstenberg) überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

*

Gegen die Spartakisten

Wie die „Dresdener Neuesten Nachrichten" aus zuverlässiger Quelle aus Berlin erfahren, sind militärische Zwangsmaßnahmen des Reiches gegen den spartakistischen Terror in Braunschweig und Düsseldorf als bevorstehend anzusehen.

Düsseldorf, 1. Februar.

Hervorragende Bürger sind von den Spartakisten als Geiseln festgenommen worden. Man erwartet hier einen baldigen Angriff auswärtiger Regierungstruppen. Die Spartakisten haben alle öffentlichen Gebäude, die Bahnhofsanlagen und die städtischen Vorstädte in Verteidigungszustand gesetzt. Der Einmarsch von Regierungstruppen in Düsseldorf hat, wie die Spartakisten in Flugblättern behaupten, die Zustimmung der Alliierten, da Düsseldorf zur neutralen Zone gehört, gefunden.

*

Unbegreifliche Verblendung

Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Libau übersandte der Berliner Presse folgende Depesche:

Libau, 31. Januar.

Der aus dem ehemaligen Zentralrat der Ostfront in Kowno und den Soldatenräten Ost- und Westpreußens gebildete Zentralrat der Ostfront und der Ostprovinzen nimmt den Standpunkt ein, daß ein Aufhalten der bolschewistischen Truppen an der deutschen Grenze durch Verhandlungen möglich sei. Dementsprechend will er den Grenzschutz nur so weit vorbereiten, daß die deutsche Grenze selbst besetzt werden soll. Die Folgen dieses aus nämlicher Unkenntnis des Bolschewismus entspringenden Beschlusses des von Unabhängigen stark beherrschten Zentralrates für die Heimat sind unübersehbar. Das Eingreifen der Regierung im Interesse des Grenzschutzes ist dringend erwünscht, zumal die Bolschewisten von Telsch nach Plungiany mit deutlicher Richtung auf Memel im Vorrücken begriffen sind.

Ernährungspolitik der Regierung

Gegen die Ernährungspolitik der Regierung kommen aus landwirtschaftlichen Kreisen immer dringendere Warnungen und immer heftigere Einsprüche. Eine Versammlung von schlesischen Landwirten, einberufen vom Landwirtschaftlichen Verein in Breslau, beschäftigte sich im Anschluß an einen Vortrag des Geheimen Reg.-Rates Prof. Dr. Aereboe mit den notwendigsten Agrarreformen der Gegenwart. Dabei erklärte Oekonomierat Roßdeutscher, daß die Ernährungspolitik der Regierung stracks darauf hinausgehe, die Ernährung des deutschen Volkes überhaupt in Frage zu stellen. Die sonst so ruhige Landarbeiterschaft ist von Unruhe ergriffen worden, weil politischer Haß und Zwietracht nun auch auf das Land hinausgetragen sind. Wie soll aber das Land dabei genügend erzeugen können? Große Befürchtungen hegte der Redner über die Hinausführung städtischer Arbeitslosigkeit auf das Land. Diese Elemente seien erfahrungsgemäß vielfach rein bolschewistisch gesinnt. So werde es nicht lange dauern, bis daß auch der pflichteifrigste Landarbeiter angesteckt ist. Was dann aus unserer Ernährung werden soll, kann man sich denken. Ein anderer Landwirt wies auf die Gefahren der erhöhten Fleischauteilung hin. Die kleinen Leute zittern jetzt um ihre letzte Kuh. Der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer, Geh. Rat v. Klitzing, teilte mit, daß die Kammer sich bereits zehn mal vergeblich gegen diese Ruinierung der Viehbestände gewendet hätte. Bemerkenswert war, daß der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Wagner es bestritt, daß etwa die Großstadt die Wegnahme der letzten Kuh verlange. Viele Großstädter seien sich klar darüber, daß das nur eine weitere verhängnisvolle Verminderung unserer Fettversorgung bedeuten würde. Der Redner hat darum persönlich bei der schlesischen Fettstelle sich gegen diese neue Untergrabung der Fettversorgung gewendet. Die Versammlung stimmte dieser Stellungnahme lebhaft zu.

Italienische Gelüste nach Deutschtirol

Wien, 1. Februar.

Aus Innsbruck wird gemeldet, daß sich die Italiener in Deutsch-Südtirol immer mehr auf den dauernden Besitz des Landes einrichten und daran gehen, durch verwaltungstechnische und wirtschaftliche Maßnahmen das Land zu vermelschen.

Verstärkter Grenzschutz gegen Böhmen

Zittau, 2. Februar.

Die tschechische Besetzung Deutsch-Böhmens und die damit verbundene Bedrohung der sächsischen Grenze hat veranlaßt, daß der deutsche Grenzschutz verstärkt ist. Eine Abteilung des Bautzener Husaten-Regiments ist nach Zittau versetzt. Zur weiteren Sicherung der Grenze ist eine starke Abteilung Artillerie in der Nähe von Zittau stationiert. Tschecho-slowakische Truppenansammlungen werden unweit des Kurortes Oybin beobachtet.

Reichswirtschaftsamt und innere Kolonisation

Der Schwerpunkt der inneren Kolonisation liegt, was von seiner Seite bestritten wird, in der Schaffung neuer selbständiger Bauernwirtschaften. Daneben läuft die andere nicht weniger bedeutungsvolle Aufgabe der Seßhaftmachung von Landarbeitern und die Förderung des Arbeiterwohnungswesens auf dem Lande. Das nationale Interesse gebietet, daß diese Aere Schlage bei der bevorstehenden praktischen Lösung beider Aufgaben wohl beachtet und berücksichtigt wird.

Die Bauernansiedlung muß vor allem als Landessache betrachtet und behandelt werden. Soweit das Reich maßgebenden Einfluß auf die Lösung der einschlägigen Fragen auszuüben berufen ist, muß das Reichswirtschaftsamt, dem die allgemeine Förderung der Landwirtschaft obliegt, auch die Führung auf dem Gebiete der inneren Kolonisation in die Hand nehmen.

Wollte man diesen Zustand ändern und das gesamte Ansiedlungswesen, d. h. auch die Bauernansiedlungen, dem Reichsarbeitsamt überlassen, so stände zu besorgen, daß diese lediglich zur Förderung der Arbeiterinteressen berufene Reichsbehörde diese besondere Aufgabe, deren Wichtigkeit an sich keineswegs verkannt wird, den allgemeinen und wirtschaftlichen Verhältnissen voranstellt. Die Ansiedlung von Bauern, d. h. die Schaffung bzw. Ausbreitung eines lebensfähigen Kleingrundbesitzes ist aber, wie gesagt, die wichtigste Aufgabe. Sie kann und soll dadurch ergänzt und gefördert werden, daß Landarbeiter seßhaft gemacht und weitere als Kolonisten geeignete Kriegsteilnehmer usw. auf das Land gezogen und zu Landwirten gemacht werden. Auf diese Weise soll eine Aufstiegmöglichkeit geschaffen und dadurch eine zweckentsprechende Mischung von kleineren, mittleren und größeren Besitzern herbeigeführt werden.

Im übrigen kann die innere Kolonisation natürlich nur unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden Umstände, wie u. a. einer zweckentsprechenden Regelung der Bodenbesitzverteilung überhaupt, der Wahrung der allgemeinen Landeskulturinteressen und ganz besonders auch unter Berücksichtigung der im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse äußerst wichtigen Frage der Regelung und Förderung der gesamten landwirtschaftlichen Produktion in nationalwirtschaftlichem Sinne behandelt werden.

Alle diese Fragen können aber erfahrungsweise nur im Zusammenhang miteinander gelöst werden. Demzufolge kann einzig und allein das Reichswirtschaftsamt als die auch zur Leitung der Ansiedlungsbewegung geeignete und maßgebende Reichsbehörde angesehen werden. Daß bei dieser auch die wichtigen Arbeiterinteressen durch zweckentsprechende Mitwirkung und Einflußnahme des Reichsarbeitsamts bei den einschlägigen Maßnahmen weitgehende Berücksichtigung finden werden, ist selbstverständlich. Diese Erwägungen haben dem Vernehmen nach den Reichsamtschef für Landwirtschaft, das Preußische Landes-Oekonomie-Kollegium und andere wirtschaftliche Vertretungen veranlaßt, bei der Regierung in diesem Sinne vorstellig zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902031-19/fragment/page=0001

Führerlose Soldaten!

Die Zustände in dem Gefangenenlager zu Langensalza.

Berlin, 1. Februar.

Die Kommission zur Untersuchung von Beschwerden über völkerrechtswidrige Behandlung von Kriegsgefangenen beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit den Professor der Staatsrechte Dr. Schücking als Vorsitzenden, Prinz zu Schönaich-Carolath, Geheimer Justizrat Dr. Dove, die Abgeordneten Hildenbrandt, Stücklen, Dr. Oskar Cohn, Eduard Bernstein, ferner Wirklicher Geh. Legationsrat v. Eckardt vom Auswärtigen Amt und Oberst v. Fransecky vom Kriegsministerium, sowie Kapitän Vanselow. Der Abgeordnete Dr. Pfeiffer ist verhindert. Der Sitzung wohnen als Vertreter der Schutzmächte bei Mitglieder der Spanischen und Niederländischen Gesandtschaft.

Es handelt sich bei den Vorgängen um Unruhen in dem Gefangenenlager Langensalza. Im dortigen Gefangenenlager wurden 15 Gefangene, und zwar 9 Franzosen, 1 Italiener, 3 Engländer und 2 Russen verletzt. Dieser Fall hat in der feindlichen Presse sehr großes Aufsehen erregt und namentlich in der französischen Presse hat man schwere Anklagen gegen die Lagerverwaltung in Langensalza gerichtet und von einem Blutbade in Langensalza gesprochen. Amtsgerichtsrat Dr. Lilie aus Kiel hielt als Berichterstatter einen eingehenden mehrstündigen Bericht über die von ihm angestellte Untersuchung. Es hat ein kriegsgerichtliches Verfahren gegen den Unteroffizier Julius Krause, jetzt Zahntechniker in Gotha, stattgefunden, der beschuldigt war, unter Mißbrauch der Dienstgewalt den Befehl zum Feuern gegeben zu haben. In dem Verfahren haben etwa 300 Vernehmungen stattgefunden, das Verfahren konnte aber infolge des Amnestieerlasses nicht durchgeführt werden. Das Gefangenenlager Langensalza beherbergte 20 000 Gefangene, davon etwa 9000 in festen Baracken, während der Rest sich in Außenkommandos befand. Beim Waffenstillstand zeigten besonders die Franzosen große Unruhe. Von den Außenkommandos strömten die Leute in das Lager hinein. Die Sperrmauern wurden überstiegen. Die Gefangenen gingen nach Langensalza und in die Umgebung und suchten auf eigene Faust heimzukommen. Auf diese Weise sind in der Zeit etwa 500 Mann entwichen. Der damalige Lagerkommandant erließ zur Beruhigung der Leute Bekanntmachungen in vier Sprachen und drohte auch bei Unruhen mit Hetzanwendung. Der französische Dolmetscher Sergeant Doms meldete am 22. November, daß ihm durch einen französischen Kriegsgefangenen bestätigt worden sei, die französischen Gefangenen beabsichtigten in den nächsten Tagen

eine Revolte im Lager,

in der Hauptsache, weil das Lager infolge des Zurückströmens aus den Außenkommandos überfüllt sei und infolgedessen die Verpflegung und Unterkunft unzureichend seien, und auch, weil sie die Heimbeförderung beschleunigt sehen wollten. Später nannte Doms als seinen Gewährsmann den Soldaten Thomas und erklärte, daß er von der Richtigkeit der Meldung noch jetzt überzeugt sei. Thomas konnte aber nicht mehr vernommen werden, da er bereits abtransportiert war. Es wurde dann auch gemeldet am 27. November, daß eine Gefangenenkompagnie vollständig marschbereit sei und einen Ausbruch plane. Am 27. November nachmittags begannen große Mengen von Franzosen im Lager die Baracken zu zerstören. Die Franzosen schrien, sie würden alles demolieren, sie müßten aus dem Lager heraus. Den Posten gegenüber erklärten sie, diese seien jetzt ihre Gefangenen. Bei einem Versuch, sie zu beruhigen, drohten sie den Leuten mit Latentstücken. Die Franzosen haben auch gedäuert, sie wollten aus dem Lager heraus und in die Dörfer, um zu plündern. Es rückten daraufhin mehrere Kompagnien Landsturmleute nach dem Lager ein. Plötzlich fielen Schüsse, bei denen es Tote und Verwundete gab. Wer den Befehl zum Schießen gegeben habe, ließ sich nicht mehr einwandfrei feststellen. Darüber schwanken die Angaben. Englische Gefangene behaupteten, daß es Unteroffizier Krause gewesen sei, verschiedene deutsche Landsturmleute bestreiten das. Von französischer Seite wird behauptet, daß man zuerst beabsichtigt hätte, sich aus der Theaterbaracke Brennholz zu beschaffen. Dann strömten Hunderte von Gefangenen hinzu, und das Ganze artete in eine arge Verwüstung aus. Der Aufforderung, in die Baracken zurückzugehen, wurde nicht Folge geleistet. Vielfach bekunderten die Landsturmleute, daß die Franzosen eine drohende Haltung eingenommen hätten.

Die Kommission vernahm dann eine Anzahl Zeugen. Hauptmann Richard Koch bekundet, daß am 27. November gegen 2 Uhr Alarm geblasen wurde und man ihm gleich darauf meldete, daß etwa 1500 Gefangene, hauptsächlich Franzosen, die Baracken eingerissen und daß ein Ausbruch zu befürchten sei. Er sei zum Lager gegangen. An dem einen Eingang stand eine Abteilung unter Führung eines Soldatenrates. Auf des Zeugen Aufforderung, mit ihm ins Lager zu rücken,

lehnte der Soldatenrat das ab.

Er sei allein hineingegangen und habe versucht, auf die Leute einzuwirken. In diesem Augenblick aber seien von verschiedenen Seiten Schüsse gefallen. Schon seit einer Woche habe eine starke Unruhestimmung im Lager geherrscht, und zwar war schon zwei Tage gemeldet worden, daß ein Ausbruch geplant sei. Auf Befragen von Geheimrat Dr. Dove gibt der Zeuge noch an, daß unter regulären Zuständen, wie vor der Revolution, es nicht möglich gewesen sei, daß der einzelne ohne Kommando sich für befugt gehalten hätte, zu schießen. Der Soldatenrat habe den Lagerkommandanten General Schwabl abgesetzt gehabt und auch die meisten Offiziere ausgeschaltet. Sämtliche Kompagnien wurden nicht mehr von Offizieren, sondern von Feldwebeln und Unteroffizieren geführt. — Amtsgerichtsrat Dr. Lilie: Die Franzosen haben ausgesagt, daß der Soldatenrat ihnen erklärt habe, auch in Frankreich sei Revolution, und daß man versucht habe, sich mit ihnen zu verbrüdern. — Feldwebel Paul Walther, Mitglied des Soldatenrats, ist mit einer Kompagnie in das Lager eingerückt. Von rechts und links seien Kugeln geflogen, und er habe sich selbst bücken müssen. In dem allgemeinen Wirrwarr sei es nicht möglich gewesen, Signale zum Stoppen zur Geltung zu bringen. Nachher wollte keiner geschossen haben. Deutsche Soldaten haben erklärt, daß ihnen beim Patrouillengang von den Gefangenen die Gewehre abgenommen worden seien. Schon am 25. November hatte eine Gefangenenkompagnie gedroht und war abmarschbereit, so daß nur durch Alarmierung der Höfer aus der Garnison ein Ausbruch verhütet werden konnte. — Gefreiter Walter Schmidt, ebenfalls Mitglied des Soldatenrats, führte eine Abteilung Soldaten ins Lager, als die Meldung kam, daß die Franzosen ausreißen wollten. Am Lagereingang standen die Franzosen in dichten Massen. Sie hätten sich mit dem Kolben Platz schaffen müssen. Von einem Gefreiten sei ihm zugerufen worden: „Geht doch in die Bande eine Salve hinein!" Er habe das aber abgelehnt. Als er dorn im Lager war, seien die Kugeln nur so um ihn herumgeflogen. Er habe beobachtet, daß an einem anderen Ausgange die Gefangenen mit Stangen und Brettern auf die Soldaten losgegangen seien, und er nehme an, daß man von dort aus zur Abwehr geschossen habe. — Dr. Lilie: Die Franzosen behaupten, daß ein Mann an der Spitze eines Trupps mit der weißen Binde des Arbeiter- und Soldatenrats den ersten Schuß mit einem Revolver abgegeben habe. Der Zeuge erklärt, daß er das nicht gewesen sei. Unteroffizier Julius Krause bestreitet, daß er das Kommando zum Schießen gegeben habe; im Gegenteil, er habe gerufen: Nicht schießen! Eine Reihe von Zeugen bestätigen bei ihrer kommissarischen Vernehmung angeraten, daß sie zur Verhinderung eines Ausbruches von der Schußwaffe Gebrauch gemacht hätten, zuerst in die Luft und dann in die Menge geschossen hätten. — Die Kommission nimmt dann nach Kenntnis von den Berichten, die Kriegsgerichtsrat Samsö und Dr. Faradget von der Spanischen Botschaft und Hauptmann Sauer für die Niederländische (die am 2. Dezember in Langensalza waren) ihren Regierungen erstattet haben. Der spanische Bericht bemängelt, daß ohne vorherige Warnung geschossen worden sei. Die Kommission kam nach längerer Beratung zu

folgendem Spruch:

Die Tötung von 15 Kriegsgefangenen und die Verletzung von 14 Kriegsgefangenen im Lager Langensalza stellt eine Verletzung des Völkerrechts dar! Die Kommission hat sich dabei von folgenden Erwägungen leiten lassen: Geht man auf die tieferen Ursachen des bedauerlichen Vorfalles ein, so muß festgestellt werden, daß bei den Gefangenen selbst eine gewalttätige Stimmung an den Tagen vor dem Vorfall vorhanden war, daß man aber nicht annehmen kann, daß an diesem Tage selbst ein Ausbruch beabsichtigt worden war, wenn auch bei den deutschen Wachmannschaften diese Auffassung vorhanden war. Infolge der revolutionären Ereignisse war die deutsche Wachmannschaft geistig führerlos geworden. Es fehlte an Offizieren, die angesichts der aufgeregten Stimmung in beiden Lagern für eine Beruhigung sorgen konnten. Das Beispiel des einen Offiziers, der an dem Tage anwesend war und der in das Lager sich hineinbegab, hat gezeigt, wieviel durch ein besonnenes Eingreifen zum Zweck der Beruhigung erreicht werden konnte. Angesichts dieser Verhältnisse auf seiten der Wachmannschaften fiel ein Schuß, ohne daß festgestellt werden kann, wer ihn abgegeben hat. Es entstand eine Panik unter den Wachmannschaften und infolgedessen ein blindes Hineinschießen in die Kriegsgefangenen. Die Kommission hat nicht strafrechtlich zu untersuchen, wer hierfür verantwortlich ist. Wahrscheinlich würde sie in diesem Falle zu einer Freisprechung der Wachmannschaften kommen. Völkerrechtlich besteht die Verpflichtung, die Kriegsgefangenen mit Menschlichkeit zu behandeln, und ein solches Hineinschießen in die Menge der Kriegsgefangenen läßt sich mit der völkerrechtlichen Menschlichkeit gegen Kriegsgefangene nicht vereinbaren. Auch wenn aus der Stimmung der Mannschaften das begreiflich war und wenn kein staatsrechtliches Verschulden vorliegen sollte, so mußte die Kommission doch von einem höheren Standpunkte aus die Sache betrachten, auch wenn das Völkerrecht auf der anderen Seite nicht immer eingehalten wird. Es liegt hier eine unbesonnene Handlungsweise vor, die sich erklärt aus dem Mangel besonnener Führung durch deutsche Offiziere, und für diese Tatsache übernimmt das Deutsche Reich die Verantwortung.

Kirchlicher Maulkorberlaß in Hannover

Der Hannoversche Arbeiter- und Soldatenrat hatte bekanntlich einen Erlaß ergehen lassen, der sogar den Pfarrern auf der Kanzel einen „Maulkorb" anlegt und bei „Verfehlungen" mit der Entziehung des Gehaltes drohte. Die Hannoversche Bezirkssynode Linden hat sich nunmehr einmütig gegen dieses unerhörten Gewissenszwang gewendet. Der Vorsitzende Superintendent Beyer (Limmer) bezeichnete das Vorgehen des A- und S.-Rates durch sein Drohschreiben als höchst bedenklich. Wenn die Kirche ihr Amt führe nach dem Worte: Gebet Gott, was Gottes ist, und der Partei, was der Partei ist, so könne sie erreichen, daß alle Parteien, auch die Sozialdemokratie, sich freundlich zu ihr stellen. Geh. Konsistorialrat Lic. Köhler schloß sich namens des Landeskonsistoriums dem Einspruche voll an. Das Konsistorium habe zwar den Erlaß veröffentlicht, um die Geistlichen vor Schaden zu schützen, habe aber gleichzeitig energischen Einspruch gegen das völlig widerrechtliche Vorgehen des A- und S.-Rates bei der zuständigen Stelle erhoben. Die Synode nahm einstimmig folgende Entschließung an: „Die Synode legt gegen den Erlaß des A- und S.-Rates vom 14. Januar d. J. Verwahrung ein weil derselbe in die Rechte der Kirchengemeinden und ihrer Geistlichen in unzulässiger Weise eingreift. Sie bittet das Landeskonsistorium, an den zuständigen Regierungsstellen mit allem Nachdruck sich dafür einzusetzen, daß ein gleicher Eingriff nicht wiederholt werde. Sie fordert, daß auch den Kirchengemeinden im neuen Deutschland die Freiheit der Meinungsäußerung in vollem Umfange gewährleistet bleibe."

Die „Internationale"

Paris, 2. Februar.

Die belgischen und amerikanischen Delegierten der Internationalen Gewerkschafts-Konferenz lehnten es ab, mit den deutschen Delegierten in Fühlung zu treten und an der Berner Konferenz teilzunehmen.

*

Rumänische Mobilmachung

Bern, 2. Februar.

Nach einer Zeitungsanzeige der rumänischen Gesandtschaft wird eine neue Mobilmachung des rumänischen Heeres angeordnet. Alle rumänischen Untertanen der Jahrgänge 1872 bis 1897 werden eingezogen.

*

Die Lage in Portugal

Oporto, 1. Februar. (Reuter.)

Da sich die Siege der Monarchisten bestätigen, hat sich eine Nationalregierung gebildet. Die Regierung erwartet die Ankunft Manuels.

Deutsch-Oesterreich im Staatenausschuß

Wien, 2. Februar.

Hier fand eine eindrucksvolle Kundgebung zu Gunsten des Anschlusses an Deutschland statt. Die Teilnehmer der Kundgebung zogen auch vor das Ministerium des Aeußern, von dessen Balkon herab Staatssekretär Dr. Bauer eine Ansprache hielt, worin er u. a. sagte: „Es war und ist der heißeste Wunsch meines Herzens, Deutsch-Oest reist mit den anderen deutschen Staaten wieder vereinigt zu sehen, vereinigt mit der Großdeutschen Republik, und ich bin fest überzeugt, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, dieses große Ziel zu verwirklichen. Die deutsche Reichsregierung hat uns gestern die Einladung übersandt, einen Bevollmächtigten Deutsch-Oesterreichs für den neuen deutschen Staaten-Ausschuß zu stellen, der nach dem Entwurf der vorläufigen deutschen Verfassung an Stelle des bisherigen Bundesrats treten soll. Wohl wird unser Bevollmächtigter bis zum förmlichen Abschluß der politischen Verträge nur eine beratende Stimme haben, aber er wird mitwirken an dem nächsten großen Werke, das der deutschen Nationalversammlung und dem Staaten-Ausschuß obliegen wird, die deutsche Verfassung zu schaffen, durch die Deutsch-Oesterreich ein Teil des Deutschen Reiches werden soll. Gewiß dürfen wir auch in dieser Stunde nicht vergessen, daß die in Paris versammelten Mächte über unsere Sache mit entscheiden können und werden, aber, wir alle sind überzeugt, daß niemand die Erfüllung unseres Willens verweigern wird und kann; wenn nur dieser Wille stark und unerschütterlich ist, so werden wir dieses Ziel erreichen. Dann wird Deutsch-Oesterreich binnen kurzem wieder ein Teil Deutschlands sein, ein Teil der großen deutschen Republik (stürmischer Beifall). Die Menge stimmte entblößten Hauptes „Deutschland, Deutschland über alles" an. Die ganze Kundgebung verlief vollkommen würdevoll und ruhig.

Ausbau des unterirdischen Fernsprechnetzes

Zu den großen Plänen der Reichspostverwaltung gehört u. a. der Ausbau des unterirdischen Fernsprechnetzes. Die Erfahrungen haben die Notwendigkeit erwiesen, auf große Entfernungen die Fernsprechleitungen unterirdisch zu führen, um dadurch einen ungestörten Betrieb zu ermöglichen. Die Pupinspule gewährt diese Sicherheit nicht. Ihre Verwendung wird zu einer wesentlichen Verbesserung der großen Fernsprechverbindungen führen. Nach dem Kriege die erste große Fernsprechleitung Berlin-Magdeburg—Hannover fertiggestellt worden. Es kommt nunmehr die Fortführung nach dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Betracht. Soweit vorbereitet ist, daß ihre Inangriffnahme alsbald erfolgen kann. Es ist beabsichtigt, allmählich mit der Herstellung weiterer unterirdischer Fernsprechleitungen nach Maßgabe der anzufordernden Mittel vorzugehen.

Verhinderte Ausfahrt

Hamburg, 1. Februar.

Heute sollte die erste Staffel der ausgelieferten deutschen Handelsschiffe auslaufen. Ihre Ausfahrt konnte nicht erfolgen, weil die erforderliche Einwilligung des Deutschen Seemannsbundes mit den Niederreedern immer nicht erreicht war, und der Deutsche Seemannsbund gedroht hatte, die Schiffe nicht herauszulassen, solange seine Forderungen nicht erfüllt seien.

Erhöhung der Druckpapierpreise

Amtlich. Berlin, 1. Februar.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers betreffend die Reichsstelle für Druckpapier vom 1. Februar 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 126) wird die Bekanntmachung über Druckpapierpreise vom 26. Oktober 1918 („Deutscher Reichsanzeiger" Nr. 256) dahin abgeändert, daß die festgesetzten Aufschläge für Lieferungen von maschinenglattem, holzhaltigem Druckpapier für den Druck von Tageszeitungen, die in der Zeit vom 1. Januar 1919 bis zum 31. März 1919 erfolgen, erhöht werden:

a) für Rollenpapier von 42,25 auf 47,75 Mk.,

b) für Formatpapier von 46,25 auf 51,75 Mk.

für einhundert Kilogramm.

Beigelegter Streik

(Eigene Drahtmeldung.)

Jena, 2. Februar.

Der Personalstreik in dem Jenaer Elektrizitätswerk ist in der Nacht zum Sonnabend zum Sonntag eine derartig unsolide Lichtnot zur Folge hatte, ist beigelegt worden. Die gelesenen Arbeitern ist 1,50 Mk., den ungelernten 1,30 Mk. Stunde bewilligt. Ueberstunden werden mit 30—50 Prozent Aufschlag bezahlt, außerdem wird nach 2 Jahren bezahlter Arbeitszeit ein sechstägiger Urlaub zugestanden.

Halle und Umgebung

Halle, 3 Februar.

— **Militärisches.** Oberstleutnant v. d. Armee b. Schmidt kommandiert zur Dienstleistung beim Artillerie-Depot in Magdeburg, vorher Kommandeur des Reserve-Feldartillerie-Regiments Nr. 60, im Frieden Lehrer an der Feldartillerie-Schießschule, mit Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform der Feldartillerie-Schießschule zur Disposition gestellt; zum Vorstand des Artillerie-Depots in Magdeburg ernannt. Leutnant der Reserve Rühling des Inf.-Regts. 165 (Halle), jetzt beim Ersatz-Bataillon dieses Regiments, der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt unter Erlaubnis zum Tragen der Uniform der Reserve-Offiziere des genannten Regiments. Leutn. der Res. Bütin (Halle), bisher beim 2. Ersatz-Bat. Inf.-Regts. 72, der Abschied bewilligt.

— **Auszeichnung.** Dem Ehrenvorsitzenden des 1. Hallischen Stenotachygraphenvereins, Johannes Bolckmar, Advokatanwalt 10, dem gegenwärtigen Verbandsverleger des Allgemeinen Deutschen Stenotachygraphen-Verbandes, wurde für seine außerordentlichen Leistungen im Dienste der stenotachygraphischen Schule die Silberne Medaille aus der Klubscheidt-Stiftung verliehen.

„H. T."-Sportberichte

Fußballsport in Thüringen.

(Eigene Drahtmeldung.)

Weißenfels: Preußen I gegen Sportv. 8:2. Lion gegen Hohenzollern-Naumburg 0:5. — **Naumburg:** Hohenzollern gegen Sportv.-Apollo I 2:3. — **Erfurt:** Sportfreunde I gegen Spielvereinigung I 7:2 (0:0). 20 Minuten vor Schluß ist das Spiel 2:2. — **Apolda:** Preußen I gegen Sportabteilung Tr.-V. 4:2. Preußen II gegen II. Mannschaft der Sportabteilung des T.-V. 3:6. — **Gera:** Turnerschaft gegen Allgem. T.-V. 8:0 (0:0). — In **Nordhausen** haben sich der Sportklub Preußen und Hohenzollern vereinigt, um unter dem Namen Spielvereinigung Preußen zu spielen.

* **Fußball in Merseburg** (s. a. Halle) V. f. B. II gegen Sportfreunde II 5:3. V. f. B. III gegen Favorit III 6:1.

* **Fußballsport in Halle.** Wacker I gegen Favorit I 5:1. Favorit trat geschwächt an. — Sportverein 98 I gegen V. f. B. Merseburg 2:0. — Sportfreunde I gegen Borussia I 6:3. 96 II gegen Borussia II 2:3. — 96 III gegen Sportv. 98 6:1 und gewinnt damit auch dieses Jahr die Meisterschaft der III. Klasse. — 96 IV gegen Favorit IV 2:5. — 96 V gegen V. f. B. Merseburg 12:0.

* **Wintersport.** In Ilmenau fand auf der 7 Kilometer langen Rodelbahn ein Bobsleighrennen statt. Erster wurde Bobsleigh „Teufel" in 5,31 Minuten, Zweiter Bobsleigh „Siegfried" in 5,41 Minuten. — In Jena sollte zwischen V. f. B. und Sportvereinigung Jena ein Eis-Hockeyspiel stattfinden. Infolge des schlechten Eisverhältnisse wurde das Spiel abgesagt.

* **Aus dem Verband mitteldeutscher Volksspielvereine.** Der Verbandstag des V. M. V. V. wird am 8. und 9. März in Leipzig im Saale des Hotel „Palmbaum" abgehalten. Tagesordnung: 1. Vorlegung des Haushaltsplanes und Festsetzung der Verbandsbeiträge für das kommende Geschäftsjahr. 2. Wahl zweier Kassenprüfer und des Verbands-Athletik-Ausschusses. 3. Festlegung seines Sitzes, und Wahl des Ortes für den Augustverbandstag. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. Anträge sind bis zum 20. Februar in der Geschäftsstelle einzureichen.

Hauptschriftleiter Hermann Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil Hellmut Böttcher, für Wirtschaft Ferdinand Queckfurt, für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil Ferdinand Queckfurt, für den Anzeigenteil Paul Schessen, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Hallischen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Paetzold.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902031-19/fragment/page=0002